

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil.
Die Seite . . . 15 Goldpfennige
Familienanzeigen 8 Goldpfennige
b) im Reklameteil.
Die Seite . . . 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen kommen 50% Zuschlag.

Für Plathvorschriften kann keine Gewähr übernommen werden.

Gerichtsstand für beide Teile ist Calw.



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige wöchentlich, mit Trägerlohn.
Postbezugspreis 40 Goldpfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Genesprocher Nr. 9.

Verantwortliche Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele.
Druck und Verlag der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei.

Die Pariser Konferenz.

Herriot und Chamberlain.

Meinungsaustausch über die Sicherheitsfrage.

Paris, 8. März. Ueber die heutigen Besprechungen zwischen Herriot und Chamberlain wird mitgeteilt, daß an dem Essen zu Ehren des britischen Außenministers die Botschafter der Vereinigten Staaten, Japans, Belgiens und Großbritanniens, ferner General Rollet, Marschall Foch, Briand, Jules Cambon und der Direktor der politischen Abteilung des Außenministers, Laroche, teilnahmen. Den Hauptgegenstand der Aussprache zwischen Chamberlain und Herriot bildete die Sicherheitsfrage.

Wie der Vertreter der Tel.-Union von unterrichteter englischer Seite erfährt, ist in dieser Frage keine Verständigung erzielt worden. Es sei lediglich beim Meinungsaustausch geblieben, ohne daß man einer Lösung näher gekommen wäre. Herriot teilte heute abend den französischen Pressevertretern mit, daß vor der Völkervereinigung ein greifbares Ergebnis der Besprechungen unmöglich erwartet werden konnte. Der Meinungsaustausch werde bei Chamberlains Rückreise in Paris fortgesetzt werden. Der „Intransigeant“ berichtet, daß Chamberlain offen für das Bündnis zwischen Deutschland, England, Frankreich, Belgien und Italien eingetreten sei. Herriot habe zu diesem Vorschlag eine ablehnende Haltung eingenommen.

Ueber die Besprechung wurde folgender amtlicher Bericht ausgegeben:

Chamberlain hat heute im Beisein des Dolmetschers Cameron um 1 Uhr am Quai d'Orsay mit Herriot zu Mittag gespeist. Gegen 3 Uhr zogen sich Herriot und Chamberlain in das Arbeitskabinett des Ministerpräsidenten zurück, wo sie ihre gestrigen Unterredungen fortsetzten. Kurz nach 4 Uhr kehrte Chamberlain nach der britischen Botschaft zurück. Um 5 Uhr wurde folgender Bericht ausgegeben: Der französische Ministerpräsident und der britische Außenminister sind zweimal zusammengekommen, um schwerwiegende außenpolitische Fragen und insbesondere das Sicherheitsproblem zu prüfen. Sie haben ihre Meinungen im Geiste vollendeter Herzlichkeit ausgetauscht mit der festen Absicht, praktische und wirksame Lösungen zu finden. Sie sind übereingekommen, an den Meinungsaustausch in Uebereinstimmung mit allen verbündeten diplomatischen Verhandlungen zu knüpfen. Chamberlain beabsichtigt auf seiner Rückreise noch eine Zusammenkunft mit Herriot zu haben.

Nach der Zusammenkunft.

Paris, 9. März. Die Besprechungen zwischen Chamberlain und Herriot haben eine klare Gegenüberstellung der französischen und englischen Auffassung über die Sicherheitsfrage ergeben. Es hat sich herausgestellt, daß Chamberlain tatsächlich über keine der weitgehenden Vollmachten verfügte und sich in der Hauptsache in den Gesprächen mit Herriot darauf beschränkt hat, die von Lord Balfour beeinflusste angeblich seiner persönlichen Auffassung widersprechende Schlussfolgerung des britischen Kabinetts zugunsten eines englisch-französisch-belgisch-deutschen Sicherheitspaktes unter späterer Teilnahme Italiens, aber unter Ausschluss Polens zu entwickeln. Demgegenüber hat der französische Ministerpräsident nachdrücklich die Notwendigkeit wirksamer Garantien für die territoriale Unverletzbarkeit Polens betont, mit der in den Blättern abgedruckten Erklärung, daß es Polen überlassen bleibt, im Einlang mit dieser Sicherheit gewisse Zugeständnisse zu machen, offenbar aber einen ersten Rückzug angetreten. Herriot hat, dem „Matin“ zufolge, sogar hinzugefügt, daß Polen freundschaftliche Ratschläge erteilt werden sollten.

Trotz dieses offensichtlichen Entgegenkommens der französischen Regierung besteht noch kein Grund auf eine baldige Angleichung der französischen und britischen Standpunkte, da viel von der Haltung Polens und den deutsch-polnischen Sonderverhandlungen abhängen dürfte.

Die Besprechungen mit Chamberlain werden kommenden Montag wieder aufgenommen, da der britische Außenminister die Absicht hat, Genf unverzüglich nach Behandlung der wichtigsten England interessierenden Fragen zu verlassen.

Gleichzeitig trifft am Montag nachmittag der belgische Außenminister in Paris ein. Die Blätter betonen, daß zwischen Herriot und zwischen dem belgischen Außenminister nur ein Meinungsaustausch in Frage kommen soll und geben sich der Hoffnung hin, daß Belgien sich der französischen Stellungnahme anschließen wird. Man betont aber, daß Belgien infolge seiner geographischen Lage sich der englischen Politik ebenso wie der französischen anpassen müsse. Im übrigen verbiete die gegenwärtige innerpolitische Lage, vorläufig außerpolitische Verhandlungen einzugehen. Der „Temps“ sagt: Der Rücktritt Leunis schaffe eine neue Situation. Unter anderen Fragen, die Hymans zur Sprache bringen wird, ist auch die der neuen in Frankreich eingeführten Fremdensteuer, gegen die Belgien auf diplomatischem Wege bereits in den letzten Tagen Protest erhoben hat.

Eine Zusammenkunft Hymans-Herriot.

Paris, 8. März. Der belgische Außenminister Hymans wird Montag in Paris eintreffen und nachmittags um 2 Uhr eine Unterredung mit Herriot haben, der nach den Verhandlungen Herriots mit Strazinski und mit Chamberlain große Bedeutung beigegeben wird. Es verlaute, daß Herriot beabsichtige, eine gemeinsame Haltung mit Belgien in der Sicherheitsfrage zu verabreden. In hiesigen politischen Kreisen wird vorausgesetzt, daß sich die amtlichen Garantievertragsverhandlungen, die Chamberlain und Herriot angekündigt haben, sehr in die Länge ziehen werden, da sich zwischen dem französischen Ministerpräsidenten und Chamberlain grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten ergeben haben. Maßgebende französische Politiker haben heute abend erklärt, daß zu den deutschen Sicherheitsvorschlagen erst Stellung genommen werden soll, wenn die Frage der deutscher Abrittung gelöst und Deutschland ohne Vorbehalt dem Völkerverbund beigetreten ist. Chamberlain ist um 8.55 Uhr abends nach Genf weitergereist. Herriot fährt heute abend zum Besuch der Warenmesse nach Lyon.

Hymans über das Sicherheitsproblem.

Brüssel, 9. März. Außenminister Hymans, der morgen nachmittag nach Paris abreist, hat gestern in einer Versammlung des liberalen Verbandes über die allgemeine inner- und außenpolitische Lage gesprochen. Dabei führte er u. a. aus:

Das endgültige Schicksal des Genfer Protokolls sei noch ungewiß. Belgien habe die Pflicht, aus eigenen Mitteln über seine Sicherheit zu wachen und gleichzeitig positive politische Garantien von außen zu erstreben. Die Sicherheit Belgiens interessiert in gleichem Maße Frankreich und Großbritannien. Im übrigen sei festzustellen, daß sich der Gedanke eines Paktes der Westmächte immer mehr verbreitet habe. Die Sicherheitsfrage sei zum brennendsten Problem der Öffentlichkeit geworden. Belgien verfolge keine Eroberungspolitik, es habe nur den Wunsch, ehrenvoll, friedlich und in Sicherheit zu leben.

Chamberlain in Genf.

Genf, 8. März. Der englische Außenminister Chamberlain ist heute vormittag in Genf eingetroffen.

Neueste Nachrichten.

Die Unterredungen zwischen Herriot und Chamberlain am Samstag in Paris erbrachten keine Einigung in der Sicherheitsfrage. Es fand lediglich ein Meinungsaustausch statt, wobei sich die Verschiedenheit der beiderseitigen Standpunkte klar herausstellte.

Auf der Tagung des Völkerverbundes in Genf, die heute beginnt, wird Chamberlain den Vorsitz führen. Im Eisenbahnerstreik haben die Verhandlungen in Berlin zu keiner Einigung geführt.

Nach Mitteilungen aus dem Büro des Generalagenten hat Deutschland bis 28. Februar 579,91 Millionen Mark bezahlt.

Der Reichstag befaßte sich am Samstag nachmittag noch unerwartet mit der Aufwertungsfrage und nahm einen deutsch-demokratischen Antrag auf beschleunigte Einbringung eines entsprechenden Gesetzesentwurfs an.

Am 16. Juni soll eine Volks-, Berufs- und Betriebszählung in Deutschland vorgenommen werden.

Die Lage im Eisenbahnerstreik.

Keine Verschärfung des Eisenbahnerstreiks.

Berlin, 9. März. Dem „Montag“ entgegen anders lautenden Meldungen wird von unterrichteter Stelle versichert, daß nach den eingegangenen Berichten der einzelnen Eisenbahndirektionen eine Verschärfung in der Streikbewegung bisher nicht eingetreten sei.

Die amtliche Auffassung der Sachlage.

Berlin, 8. März. Von unterrichteter Seite wird der Tel.-Union mitgeteilt: Die Deutsche Reichsbahngesellschaft hat den Eisenbahnarbeitern immer wieder angeboten, ihre Löhne dort, wo sie unter den Industriearbeiterlöhnen liegen, an diese anzugleichen. Das haben die beteiligten Gewerkschaftsführer abgelehnt und eine allgemeine Lohnhöhung gefordert. Eine solche glaubt die Deutsche Reichsbahngesellschaft zur Zeit vermeiden zu müssen, um nicht im gesamten Deutschland wiederum eine allgemeine Lohnsteigerung auszulösen und damit die Gefahr einer neuen Inflation herauszubekommen. Die Reichsbahn muß bei ihrer finanziellen Belastung für jede neue Ausgabe eine Einnahmequelle suchen. Eine Erhöhung der Personentarife würde sich bei Lohn- und Gehaltssteigerungen nicht vermeiden lassen. Es ist mit aller Zuversicht zu hoffen, daß die Reichsbahnbeamten die Ruhe bewahrt und sich an einer Streikbewegung nicht beteiligt. Es ist irreführend, wenn die Reichsbahngesellschaft deutscher Eisenbahnbeamten, die den streikenden Arbeiterverbänden ihre Sympathie ausgesprochen hat, mit der gesamten Beamtenchaft der deutschen Reichsbahngesellschaft identifiziert wird. Der Reichsbahnbeamte weiß zur Genüge, daß er kein Streikrecht besitzt. Der Weg, den Reichsarbeitsminister als Schlichter anzurufen, bleibt immer noch offen. Nach den vereinbarten Bestimmungen ist dieser Schritt zu gehen, bevor seitens der einen Vertragspartei in den Streik getreten wird.

Die Forderungen des deutschen Eisenbahnerverbandes.

Berlin, 8. März. Der Deutsche Eisenbahnerverband hatte Sonntag vormittag eine Versammlung einberufen, in der der Bezirksleiter für Berlin, Dressel, über den Stand der Lohnbewegung und die Stellung der Reichsbahndirektion Bericht erstattete. Seine Ausführungen gipfelten in folgenden drei Forderungen:

1. Sofortige Verhandlungen mit den Tarifgemeinschaften und einen den Leuerungsverhältnissen entsprechenden Lohn zu vereinbaren;
2. Beseitigung der Schicht und Gedinge (Merkostsystem) und
3. Wiedereinführung der 8stündigen Arbeitszeit.

Der Redner betonte, daß der Deutsche Eisenbahnerverband bemüht gewesen sei, die obigen Forderungen auf friedlichem Wege zu lösen, daß aber infolge des ablehnenden Standpunktes der Reichsbahndirektion die Verhandlungen ergebnislos verlaufen und keine Zugeständnisse erzielt worden seien. Er erklärte, daß die Lohnbewegung nicht erst seit gestern oder seit heute bestünde. Das Realeinkommen der Eisenbahnarbeiter, der unteren und mittleren Beamten sei gegenüber dem Friedensstand infolge der hohen Abzüge gesunken. Der Kampf der Eisenbahner sei ein rein wirtschaftlicher und werde von dem Selbsterhaltungstrieb diktiert. Dem Referat schloß sich eine Diskussion an, in der im wesentlichen die Ausführungen des Redners unterstrichen wurden. Der Bezirksleiter Dressel warnte in seinem Schlusswort vor Teilkaktionen. Es wurde eine von dem Versammlungsbüro vorgelegte Entschließung angenommen, in der es heißt, daß der Deutsche Eisenbahnerverband die ablehnende Stellungnahme der Eisenbahnverwaltung mit Empörung und Entrüstung aufnehme und daß die Versammlung von dem Hauptvorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes den Aufruf zum allgemeinen Kampf erteile.

Um die Nachfolge Eberts.

Die Kandidatenfrage.

Auf dem Wege zur Einheitsfront.

Berlin, 9. März. Der „Montag“ schreibt: Die Meldung einiger Blätter, daß der frühere Vizekanzler Dr. Jares als gemeinsamer Kandidat der rechtsstehenden Parteien für die Präsidentschaftswahl aufgestellt worden sei, ist insofern verfehlt, als die offizielle Proklamierung des Kandidaten der vereinigten rechtsstehenden Gruppen nicht vor Mittwoch erfolgen dürfte. Das gestern veröffentlichte Communiqué des Ausschusses der vereinigten rechtsstehenden Parteien hat absichtlich noch keinen Namen genannt, weil der endgültige Beschluß noch nicht gefaßt ist. Dies hängt vor allem damit zusammen, daß noch Verhandlungen mit dem Zentrum möglich sind, die vielleicht zu einer gemeinsamen Kandidatur aller bürgerlichen Parteien (ohne die Demokraten) führen können.

Braun sozialdemokratischer Kandidat.

Berlin, 8. März. Der Parteiaussschuß der sozialdemokratischen Partei hielt heute im Reichstagsgebäude gemeinsam mit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eine Sitzung ab, die sich mit der Frage beschäftigte, ob die Sozialdemokratie für die Wahl des Reichspräsidenten einen eigenen Kandidaten präsentieren oder sich mit den übrigen republikanischen Parteien auf einen Sammelkandidaten einigen wolle. In der mehr als sechsstündigen Debatte fanden beide Möglichkeiten ihre Vertreter. Die Mehrheit entschied sich schließlich für die Aufstellung eines eigenen Kandidaten. Darauf zog sich der sozialdemokratische Parteivorstand zu einer Sonderberatung zurück, als deren Ergebnis gegen 8 Uhr abends mitgeteilt wurde, daß einstimmig die Aufstellung des früheren preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun als Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl empfohlen werde. Die versammelten Mitglieder des Parteiaussschusses und der

Reichstagsfraktion erklärten sich einstimmig mit diesem Vorschlag des Parteivorstandes einverstanden.

Braun nimmt die Präsidentschaftskandidatur an.

Berlin, 8. März. Der ehemalige preussische Ministerpräsident Braun hat sich bereit erklärt, für die Reichspräsidentschaft zu kandidieren.

Heute Entscheidung des Zentrums und der Demokraten.

Berlin, 8. März. Die Vorstände der Zentrumsfraktion des Reichstages und des preussischen Landtages treten auf Einladung des Vizepräsidenten Dr. Försch Sonntag mittag zu einer verbindlichen Besprechung über die Präsidentschaftsfrage zusammen. Die Entscheidung wird in einer gemeinsamen Sitzung der beiden Fraktionen unter Hinzuziehung des Reichsparteivorstandes des Zentrums am Montag fallen. Voraussetzungsweise wird das Zentrum den preussischen Ministerpräsidenten Marx als Präsidentschaftskandidaten aufstellen. Ueber die Haltung der Demokraten ist noch nichts bekannt, da sie zu dem sozialdemokratischen Beschluß nicht Stellung nehmen konnten. Sie wollen sich ebenfalls Montag darüber entscheiden, ob sie einen eigenen Kandidaten aufstellen oder gleich im ersten Wahlgange für Marx stimmen werden.

Der Reichsgerichtspräsident stellvertretender Reichspräsident.

Berlin, 8. März. Das Reichspräsidentenstellvertretergesetz hat, wie die Telegraphen-Union erfährt, jetzt die Unterschriften aller Parteien bis auf die Nationalsozialisten und die Kommunisten erhalten. Das Gesetz besagt, daß Stellvertreter des Reichspräsidenten stets der jeweilige Reichsgerichtspräsident ist, im vorliegenden Falle also, wie bereits gemeldet wurde, Dr. Simons.

Werte, Bewertung und Aufwertung.

Die dreiwöchentliche Frist, die der Reichstag dem Kabinett Luther gestellt hat, um die Aufwertungsgrundlage dem Reichstag zu übergeben, ist jetzt abgelaufen. Eingehalten wird sie nicht, das läßt die Regierung schon in einer offiziellen Verlautbarung ankündigen, — wie sich das Parlament dazu stellen wird, ist keine Sache — verständlich ist uns die Verzögerung durchaus. Die Aufwertung ist eben ein Problem, das etwas an die Quadratur des Kreises gemahnt. Man kann sie nicht mehr lösen, ohne berechnete Interessen zu verletzen, und man kann sie auch nicht ruhen lassen, ohne ebenso berechnete Interessen zu schädigen. Es gibt eben auch für allgemeine Fragen einen Zeitpunkt, den man nicht verpassen darf. Die Aufwertung war vor zwei Jahren durchaus möglich und deshalb eine unabsehbare Forderung. Damals standen wir noch mitten in der Inflation. Diese traurigste Erscheinung der Wirtschaftsgeschichte aller Zeiten hatte noch nicht den Höhepunkt erreicht. Man konnte bremsen und man mußte bremsen. Das ist verabsäumt worden. Der Sturz der Mark ging weiter, Tag für Tag, nein Stunde für Stunde. Und jede Stunde, die verrann, wurde verhängnisvoll. In dem Augenblick, wo der große Papierwindel zu Ende ging und die Rentenmark sich als fest erwies, war die Aufwertung nicht mehr durchzuführen. Diese Erkenntnis hat auch die Regierung gehabt, als sie in der 3. Steuernotverordnung ein Kompromiß zwischen den herrschenden Anschauungen zog und die 15%ige Aufwertung vorschlug, die sich freilich nur auf eine bestimmte Art von Schulden beschränkte. Die öffentlichen Schulden wurden ausgeschaltet. Vom Standpunkt der Regierung nicht mit Unrecht, denn die Anerkennung der Milliarden Anleihe-Schulden mußte sofort zu einer neuen Inflation führen. Selbstverständlich war das eine unerhörte Ungerechtigkeit dem Einzelnen gegenüber, aber an sich nicht ungerechter als die Entwertung der Papiermark, für die ja auch kein Schadenersatz geleistet wurde.

Die politische Agitation hat sich leider dieser Frage bemächtigt und wie immer nur neues Unheil angerichtet. Sie hat Hoffnungen erweckt, die gar nicht erfüllt werden konnten. Sie übersah zunächst einmal, daß der größte Teil der Anleihen durch Spekulation in ausländische Hände übergegangen ist. Im Reichsfinanzministerium schätzte man es auf mindestens vierzig Milliarden. Eine 15%ige Aufwertung hätte also wenigstens sechs Milliarden Goldmark neue Abgaben über die Landesgrenzen hinweg bedeutet, mehr also als die Reparationsabgabe, die wir in den nächsten Jahren zu zahlen haben. Die Ausländer ausschalten, geht nicht an, weil der Versailler Vertrag für sie die gleiche Behandlung wie für die Inländer festsetzt. Deshalb der Gedanke der sozialen Aufwertung, die tatsächlich nur Deutschen zugute kommen würde! Doch lassen wir das einmal beiseite. Es hat sich schon gezeigt, daß gerade die rechtsstehenden Wirtschaftskreise, deren parteipolitische Vertretung am leidenschaftlichsten für die Aufwertung eintritt, von ihr nichts wissen will, weil sie zu neuer Erschütterung des Wirtschaftslebens führen müßte. Die Frage ist heute noch ein Spielball der Parteipolitik. Wenn der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Herx im Reichstag gefordert hat, man solle die zuviel gezahlten Renteinschuldigungen zurückverlangen und für die Aufwertung nutzbar machen, so klingt das zunächst sehr verheißungsvoll. Bei genauer Betrachtung aber kommt man zu einem anderen Schluß. Selbst die ganze Summe von 715 Millionen Goldmark würde kaum ein bis zwei Prozent ausmachen, sie wäre also tatsächlich ein Tropfen auf den heißen Stein. So geht es also nicht.

Wir wollen nicht noch einmal die Zweifelschneidigkeit der Aufwertung erörtern. Was sie dem einen gibt, nimmt sie dem anderen. Hier und da würde sich ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit vollziehen, aber ebenso häufig würde nicht mit Unrecht über Härte geklagt werden. Der soziale Weg ist gangbar, jeder andere führt in die Brüche. Wohl aber läßt sich im Zusammenhang mit der Steuerreform eine gewisse Abgeltung durchführen. Es wäre durchaus denkbar, daß Verluste durch die Inflation auf die Steuern verrechnet werden, und zwar nicht nur beim Vermögen, wo es an sich ohnedies selbstverständlich ist, sondern auch beim Einkommen. Der Besitz an Kriegsanleihen, die selbst gezeichnet sind, könnte zu einer gewissen Steuerermäßigung führen. Das Minus in der Reichskasse müßte dann durch eine Zuwachsteuer auf Inflationsergebnisse ausgeglichen werden. Eine ausgezeichnete Gelegenheit dazu bietet das neue Bewertungsgesetz, das übrigens davon kein Wort enthält. Aber was seine Urheber vergessen haben, ließe sich vom Parlament schon hineinschreiben. Dieses Gesetz kann Anspruch auf besondere Würdigung erheben, denn es ist der erste großzügige Versuch, diese bisher bei uns nicht gelöste Frage auf neue Grundlagen zu stellen. Man hat nur einmal etwas Nehrliches unternommen, als kurz vor dem Kriege der Wehrbeitrag erhoben wurde. Da aber das ein erster Versuch war, blieb es auch ein Lasten im Ungewissen. Bis dahin kannte man ja bei uns den Wert des in Grund und Boden, in Häusern und in Inventar festgelegten Vermögens überhaupt nicht. Man ging infolge dessen auch mit unzureichenden Vorbereitungen heran. Inzwischen hat sich alles von Grund auf geändert. Einmal haben wir durch den Versailler Frieden große Gebietsverluste verloren, so daß die Gesamtsumme schon deshalb nicht mehr stimmen würde. Sodann hat sich eine gewaltige Verschiebung des Besitzes verschoben. Die Beschlagnahme unserer Auslandsgüter, der Verlust an Auslandsforderungen, die Umstellung der Wirtschaft, der Krieg und die Inflation haben die damalige Rechnung glatt über den Haufen geworfen. Wir müssen also von vorn anfangen.

Vorbereitend einer eingehenden Kritik muß man die gesetzgeberische Arbeit anerkennen. Sie ist mit außerordentlich viel Mühe und Aufwendung von Scharfsinn zustande gekommen. Der Rahmen ist geschaffen, aber damit ist noch nicht genug getan. Es kommt alles auf die Ausführung an. Das Finanzministerium war bemüht, in den einzelnen Bestimmungen für eine gerechte Abwägung zu sorgen. Entscheidend aber wird, wie sich die Abhängigkeit in der Praxis gestaltet. Auch dabei werden Härten unvermeidlich sein, obwohl man durch die Abschätzung nach dem Ertragswert zweifellos einen besseren Weg gegangen ist, als seinerzeit bei der Landabgabe, wo man den unergiebigen Boden häufig genug mit dem ergiebigen gleich gesetzt hat. Sehr schwer wird die Wertberechnung des städtischen Grundbesitzes, vor allem der Häuser. Die Miete allein kann nicht ausschlaggebend sein,

Ämtliche Bekanntmachungen

Abwehrmaßnahmen gegen Maul- und Klauenseuche im Grenzverkehr mit Wiederkäuern und Schweinen.

Es besteht Veranlassung, die beteiligten Kreise auf die Bekanntmachung des Oberamts Calw v. 3. Oktober 1924 im Calwer Tagblatt Nr. 234 betr. Grenzverkehr mit Wiederkäuern und Schweinen hinzuweisen. Hienach ist die Ankunft der aus Nichtwürttemberg eingeführten Tiere von dem Besitzer der Ortspolizeibehörde des Bestimmungsorts anzuzeigen, welche die Tiere unmittelbar von sich aus unter polizeiliche Beobachtung zu stellen hat. (§§ 166 Minist.-Verfügung betr. Ausführungsvorschriften zum Viehseuchengesetz v. 11. 7. 1912 Reg. Bl. 293.) Von der Anordnung der polizeilichen Beobachtung hat die Ortspolizeibehörde dem Oberamtsleiter Kenntnis zu geben, der die Schlussunterforschung nach Ablauf der Beobachtungsfrist vornimmt.

Die Ortspolizeibehörden und das Landjägersationskommando werden beauftragt, den Grenzverkehr streng zu überwachen und alle Fälle der nicht erfolgten Anzeige der Viehbesitzer unmissverständlich zur Meldung zu bringen.

Calw, den 4. März 1925.

Oberamt: J. B. Dr. Ritter, Assessor.

weil die Abnutzung der Häuser verschieden ist, bei einzelnen sind die notwendigen Reparaturen vorgenommen worden, bei anderen liegt noch alles im Argen. Wir haben uns jetzt ja daran gewöhnt, Häuser als etwas Dauerndes zu betrachten, weil wir nicht mehr in der Lage sind, sie rechtzeitig zu erneuern. Aber in kurzer Zeit wird sich auch der Zwang zum Abreißen und Neubauen einstellen. Und noch eines: In den Städten entscheidet über den Wert eines Hauses seine Lage. Vorläufig kommt das nicht in den Mieten zum Ausdruck, weil sie auf Grund der Friedensmieten errechnet werden. Fällt aber einmal die Zwangswirtschaft, so wird sich auch das zeigen. Verkehrsstraßen sind zum Teil verödet, weil sich der Verkehr andere Bahnen gesucht hat. Auch der vornehme Charakter hat sich nicht überall aufrecht erhalten lassen. Privatstraßen sind zu Geschäftsstraßen geworden. Die Zusammenfassung der Bewohner wird eine andere. Das verändert auch den Wert.

Die Werte sind eben nicht absolut, sind es bei den Immobilien genau so wenig wie bei den Mobilien. Die Bewertung ist also immer nur auf kurze Zeit gültig. Das gibt Fingerzeige für die Zukunft. Wenn aber jetzt einmal begonnen wird und nach den richtigen Gesichtspunkten die Entscheidungen fallen, so ist damit wenigstens ein erfreulicher Anfang gemacht. Vor allem aber läßt sich bei dieser Gelegenheit feststellen, wie die letzten zehn Jahre mit ihrer ungeheuren Umwälzung auf den Besitzstand der einzelnen gewirkt haben. Wir werden also zum ersten Male ein wirklich brauchbares Urteil über die Schäden des Krieges und der Inflation gewinnen. Ein Urteil, das zweifellos erschütternd wirken wird. Dabei aber werden wir auch Vergrößerungen sehen, die in den Steuern bisher nicht zum Ausdruck gekommen sind, namentlich dort, wo man aus Furcht vor der sinkenden Mark, alles Geld in Neubauten der Industrie, in Verbesserungen der industriellen, zum Teil auch der landwirtschaftlichen Betriebe angelegt hat. Seht man davon aus, daß das Gesamtvermögen der Nation um einen bestimmten Teil sich vermindert hat, so wird man auch dort von Zuwachs sprechen können, wo dieser Verlust nicht voll erreicht worden ist. Das aber muß die Grundlage auch für den von uns angeregten Gedanken der Verrechnung der Inflationsschäden der einzelnen sein. Man sollte die Entscheidung über die Aufwertung bis dahin ruhig vertagen und dann eine Reichtumsausgleichsklasse schaffen.

Die neue württembergische Landjägerordnung.

wp. Das neueste Regierungsblatt bringt die Verordnung des Staatsministeriums über das Landjägercorps, die sogen. Landjägerordnung. Darnach ist das Landjägercorps ein Teil der Landespolizei und untersteht dem Ministerium des Innern; seine Stärke wird im Staatshaushaltplan bestimmt. Das Landjägercorps besteht aus: 1. dem Landjägerkommandeur, der die Dienstbezeichnung Landjägeroberst führt; 2. den Stellvertretern des Kommandeurs, von denen mindestens einer ein höherer Verwaltungsbeamter sein muß; 3. dem Beamten des inneren Dienstes; 4. den Landjägern, welche die Dienstbezeichnung Landjäger, Oberlandjäger und Stationskommandant führen. Der Sitz des Corps-Kommandanten ist Stuttgart, das Ministerium des Innern ist jedoch ermächtigt, den Sitz vorübergehend zu verlegen. In jedem Oberamt wird eine Landjägerstation eingerichtet, an deren Spitze am Sitz des Oberamts ein Stationskommandant steht und deren Stärke durch das Ministerium bedingt wird. Der Landjägerkommandeur verteilt die Landjäger auf die Stationen. Eine Zusammenziehung der Landjäger mehrerer Stationen kann nur auf Anordnung oder mit Genehmigung des Ministeriums des Innern durch den Landjägerkommandeur verfügt werden; in dringenden Fällen können die Oberämter anderen Stationen auf Ansuchen eine Verstärkung vorübergehend zusenden, sie haben jedoch dies alsbald dem Ministerium des Innern und dem Corpskommandanten anzuzeigen. Die nicht zur Staatsverwaltung des Innern gehörenden Behörden dürfen, soweit nichts Besonderes bestimmt ist, die Landjäger grundsätzlich nur durch Vermittlung der zuständigen Aufsichtsbehörde in Anspruch nehmen. Ueber den Waffengebrauch ist bestimmt: die Landjäger sind befugt, bei Ausübung ihres Dienstes, soweit erforderlich, in folgenden Fällen ihre Waffen zu gebrauchen: 1. wenn sie tätlich angegriffen oder mit einem tätlichen Angriff bedroht werden, dessen sofortige Verwirklichung zu befürchten ist; 2. wenn ihnen bei rechtmäßiger Dienstausübung Widerstand geleistet wird; 3. im Falle der Flucht: a) gegen einen zum Transport oder zur Bewachung übergebenen Gefangenen, b) gegen eine bei Begehung eines Verbrechens auf irischer Tat betroffene Person, c) gegen eine nach den Vorschriften vorläufig festgenommene oder festgehaltene Person; doch darf im letzteren Falle die Waffe nur gebraucht werden, wenn die Wiedereingliederung auf anderem Wege nicht möglich ist und wenn Unbeteiligte nicht gefährdet werden; auch ist zuvor der Flüchtende unter Androhung des Waffengebrauchs zum Halten aufzufordern. Die Schusswaffe darf vom Landjäger nur gebraucht werden, wenn ein besonderer Befehl erteilt ist oder die anderen Waffen unzureichend erscheinen. Bezüglich der Ernennung der Stationskommandanten ist bestimmt, daß dieselben von der Teilnahme an einem besonderen Lehrgang und Bestehen einer Prüfung abhängig zu machen ist. Für die Ergänzung der Landjäger kommen in erster Linie die Verjüngungsanwärter der Schutzpolizei in Betracht; der endgültigen Anstellung als Landjäger hat eine 6monatige Probezeit vorauszugehen.

Wirtschaftliche Rundschau.

(Zusammenfassende Uebersicht über die deutsche Wirtschaftslage.)

(Nachdruck verboten.)

Allgemeine Lage. Die politischen Vorgänge der letzten Zeit brachten wieder teilweise eine Beunruhigung in das deutsche Wirtschaftsleben. Der Inlandsmarkt frant immer noch an der allgemeinen Kauffschwäche. Der Export kann, wenn auch verschiedene Industrie- und Handelszweige eine geringe Zunahme ihrer Exportgeschäfte berichten, infolge der ungünstigen deutschen Produktionsbedingungen (hohe Rohstoffpreise, Steuern und Frachten, teure Kredite usw.) immer noch nicht in Fluß kommen.

Geldmarkt. Der Ultimo-Februar ist unter schweren Sorgen, aber doch ohne ernste Störung überwunden worden. Man hatte sich rechtzeitig, zum Teil unter erheblichen Zinsopfern, mit Geld versorgt. — Angesichts der völlig undurchsichtigen politischen Lage beharrt die Spekulation weiter in ihrer Zurückhaltung. Bei der Beringfügigkeit des Geldzinses ist die Kursbewegung daher mehr oder minder von Zufallsaufträgen abhängig.

Handel, Gewerbe und Industrie. Nach der letzten Großhandelsindexziffer haben die Lebensmittel um 0,4 Prozent, die Industriefstoffe um 0,5 Prozent angezogen. — Die Bildung des Rohrenditats ist vollzogen. Es handelt sich um ein Verkaufshindernis, das seine Tätigkeit am 1. März aufnehmen soll. — Die Lage der deutschen Maschinenindustrie zeigt im ganzen genommen eine leichte Besserung. Einzelne Firmen berichten auch von einer Besserung der Aufträge aus dem Auslande. — Das Geschäft der Textilindustrie hat sich in den letzten Wochen im allgemeinen recht lebhaft gesteigert. Zahlreiche Zweige der Baumwollweberei sind schon für das ganze zweite Vierteljahr mit Aufträgen vollständig besetzt. — In der Kaltindustrie ist infolge der anhaltend günstigen Witterung eine Belebung des Absatzes festzustellen. — In letzter Zeit hat sich eine starke Abwanderung deutscher Käufer nach Luxemburg bemerkbar gemacht, weil dort viele Waren infolge des niedrigen Frankensfußes billiger zu haben sind, als in den deutschen Grenzgebieten. — Die französischen Zollstellen haben die Einfuhr von Rohstoffen und Tabakfabrikaten in das Saargebiet gesperrt. — Die Einfuhr Deutschlands nach Frankreich bezifferte sich im Januar auf 137,4 Mill. Fr., die Ausfuhr Frankreichs nach Deutschland auf 564,3 Mill. — Im deutschen Außenhandel im Januar ergibt sich ein Passivsaldo von 674,1 Millionen. — Im Februar wurden 701 Konkurse gegen 757 im Januar und 528 im Dezember v. Js. eröffnet.

Kohlen. Die Kohlenförderung hat im Februar im Vergleich zu den vorhergehenden Monaten einen Rückgang erfahren. Die Ursache ist in der Absicht zu suchen, von der zur Zeit nicht nur der deutsche Kohlenbergbau, sondern auch der ausländische betroffen wird. Die Absatzkrise führte vor allem zur vermehrten Einleagu von Feierschichten.

Holzmarkt. Bei dem Einkauf von Nadelstammholz bei den Versteigerungen in den Forsten wird wieder mehr Vorsicht beobachtet. Die Abgabe niedriger Gebote war wieder häufiger. Auch die Erlöse stellen sich niedriger als in den Vorwochen. Am Brettermarkt konnte man stärkere Abgabebewilligkeit der ersten Hand wahrnehmen. Das Geschäft an überseeischen Nuthölzern war während der letzten Woche ruhig, aber fest.

Baumarkt. Die kommende Geschäftslage im Frühjahr wird heute schon etwas trüher als vor Wochen beurteilt, nachdem man weiß, daß viele geplante Bauten wegen der Preissteigerungen von Holz, Eisen, Bausteinen und Ziegeln, zurückgestellt wurden. Dem Baumarkt fehlen nach wie vor die erforderlichen langfristigen Gelder zu einer wirtschaftlichen Verzinsung.

Warenmarkt. Die Gesamtverwertung von Rohzuckerwerten betrug im Januar 206 926 Doppelzentner. — Für die Kalipreise steht eine Erhöhung in Aussicht, da man eine allgemeine Lohnerhöhung ohne entsprechenden Ausgleich in den Preisen nicht tragen zu können glaubt. — Bei der letzten Frankfurter Hauteauktion gaben die Preise für Großviehhäute teilweise um über 10 Prozent gegenüber den Januarpreisen nach.

Ausstellungen und Messen. Zur Leipziger Frühjahrsmesse waren angemeldet: 2000 Tschechoslowaken, 1000 Polen, 1000 Holländer, 900 Deutsche, 130 Schweizer, 410 Engländer, 300 Ungarn, 270 Schweden, 270 Dänen, 260 Franzosen, 140 Belgier, sowie zahlreiche Besucher aus den außereuropäischen Ländern.

Produktenmarkt. Infolge der neuerlichen Preissteigerungen auf den amerikanischen Getreidemärkten hat sich die Tendenz auch auf dem deutschen Markt etwas gesteigt. Im Geschäftsumgang und in den Preisen ist dies jedoch noch nicht zum Ausdruck gekommen. Am Hopfenmarkt herrschte gleichmäßige Ruhe. Die Serie der Weinversteigerungen, die in fast allen deutschen Weinbaugebieten die nächsten zwei bis drei Monate fortgesetzt wird, hat bisher gute Ergebnisse bei annehmbaren Preisen gebracht.

Viehmarkt. Der Geschäftsverkehr auf den deutschen Schlachtviehmärkten hat eine leichte Belebung erfahren. Die Preise sind im allgemeinen ohne Veränderung geblieben. Die Auslandsmärkte melden durchweg schwache Tendenz bei teilweise rückgängigen Preisen.

Verkehr. Der Rheinschiffahrt wurde ein Vorschub auf die Ruhrschäden ausbezahlt und zwar in vorläufiger Höhe von durchschnittlich 50 Prozent.

Arbeitsmarkt. Die Lage hat sich sowohl für männliche als auch für weibliche Arbeitskräfte leicht gebessert. Die ausnahmsweise milde Witterung, die insbesondere Landwirtschaft, Baugewerbe und Außenarbeiten begünstigt, hat die alljährlich am Anfang des Jahres wiederkehrende Abschwächung auf dem Arbeitsmarkt nicht unwesentlich gemildert.

Ausland. Der Großhandelsindex hat sich in Oesterreich im Februar leicht gebessert. Dieser Rückgang erstreckt sich nur auf die Nahrungsmittelgruppe, während die Industriefstoffe eine leichter Verteuerung erfahren. — In der Gegend von Herault in Frankreich hat man anscheinend recht bedeutende Petroleumfelder erhoben. — Die Hopfenenernte in der Tschechoslowakei für 1924 bedeutet eine Höchstmenge. Bei einer Anbaufläche von 7065 Hektar wurde ein Ertrag von 144 370 Zentner Hopfen erzielt. — In Rußland haben die Schwierigkeiten der Brotverjüngung und Saatverjüngung weiter zugenommen. — Die Zahl der Arbeitslosen in England beträgt gegenwärtig 1 243 000, das sind 54 372 Arbeitslose mehr als im vorangehenden Jahre. wfs.

Großer Resteverkauf

In den letzten Wochen hat sich eine große Menge von Resten angesammelt, die in dieser Woche

sehr billig

abgegeben werden. Es sind viele Reste vorhanden von

mollenen und halbmollenen Kleiderstoffen
Blusenstoffen Kleiderzeugen Schürzzeugen
Schürzenstoffs Bettzeugen ^{weiß und farbig} Damast
Hemdenflanellen Bettjackenstoffen
weiß Baumwolltuch Halbleinen

Paul Räuichle, am Markt, Calw

Leiterwagen

alle Größen
in guter Ausführung

Kinderstühle

mit und ohne Polster
sind wieder eingetroffen und empfehle solche bei billigen Preisen

Karl Stüber, Biergasse.

Versilberte und Alpakka-Bestecke
Schmuck- und Geschenkartikel
Taschenmesser und Scheren
sowie Regenschirme und Stöcke
in schöner Auswahl
preiswert bei

C. A. Gengenbach, Ww.
Lederstraße 98.

Ueberziehen u. Reparaturen v. Schirmen bill.

Gebräuchl. Gasherd

(2 Flammen), m. eingebautem Sparbrenner, samt Sänder preisw. zu verkaufen. Von w. jagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Lederklubsessel

(Meisterstück) preiswert zu verkaufen.
Hans Ballmann
Tapezier, Lederstr. 175/l.



Bezirks-Verein für Geflügelzucht, Calw.

Diesem Mitglieder, welche Bruteier abgeben, wollen dies innerhalb 14 Tagen beim Vorstand anmelden zwecks Bekanntgabe im Calwer Tagblatt.
Grammer, Vorstand.

Wir geben auf unsere

Regenschirme

— reichhaltiges Lager — bis Ende März

10% Rabatt.

Um gefl. Besuch bitten

Geschw. Deutsche.

Empfehle

Herrenhemden

mit und ohne Einsatz,

Unterhosen

macco und wollgemischt,

Trikot am Stück

in d'blau, grau, weiß, gelb, macco, wollgemischt

Damen-Reformhosen

Carl Binder,

Zwinger 295.

Lederjett,

Lederöl

empfehit

Albert Wochele,

Lederhandlung.

Rötenbach.

Schönes, starkes

Rind



zur Zucht geeignet, hat zu verkaufen
Barbara Unmacht Ww.

Statt jeder besonderen Mitteilung.



Unsere geliebte Mutter, Großmutter, Urgroßmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Anna Federhaff

geb. Wagner

ist gestern Abend im 78. Lebensjahr sanft entschlafen.

In tiefer Trauer:

die Kinder: Wilhelm Federhaff mit Frau Johanne geb. Scholle;

Johanna Hepp, geb. Federhaff, mit Gatten Emil Hepp;

Eugenie Wieland, geb. Federhaff, mit Gatten Theodor Wieland.

Beerdigung: Mittwoch Nachmittag 3 Uhr.

Statt Karten.

Todes-Anzeige.



Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unsere liebe Gattin, Mutter, Schwieger- und Großmutter

Frau Karoline Stanger

geb. Mezger

nach kurzem Leiden und in dem Alter von 72 Jahren zu sich in die ewige Heimat abzurufen.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Friedrich Stanger, Hausvater.

Beerdigung am Mittwoch, den 11. März, nachmittags 2 Uhr.

Mötlingen, den 9. März 1925.

Sendet deutsche Zeitungen ins Ausland.

Billige Serien-Tage

Nur solange Vorrat:

Werktagshosen für Herren	früher 6.75 Mk.,	jetzt 5.50	Burschen-Anzüge	48.00	38.00
für Burschen	6.25	5.25	Konfirmanden-Anzüge	Mk. 23.50, 28.00, 35.00, 42.00	
Knaben-Anzüge	11.50	8.75	Windjacken für Herren	früher 15.50 Mk.,	jetzt 12.50
"	15.50	12.50	Sporthosen	8.75	6.75
Herren-Anzüge	75.00	52.00	" Samt	15.50	13.25
"	85.00	62.00	Gabardine-Damenkleider	27.50	21.50
Burschen-Anzüge	35.00	27.50	Covercoat-Damenmäntel	25.50	18.50
			Imprägnierte Damenmäntel	29.50	21.50

Auf sämtliche Manufakturwaren gewähren wir während dieser Serientage nur gegen Barzahlung einen

Extra-Rabatt von 20 Proz.

Geschwister Kleemann.

Fertige Herren- und Knabenkleidung

Knabenanzüge aus baumwollenen, halbwoollenen und reinwoollenen Stoffen, gestrickte Anzüge, Sweteranzüge, blaue Matrosenanzüge, Kieler Anzüge, Burschen-Anzüge, Konfirmandenanzüge,

Herrenanzüge

in normalen, schlanken und unterlegten Größen.

Knaben- und Herrenmäntel, Ueberzieher, Lodenmäntel, Gummimäntel, Pelerinen für Kinder- und Erwachsene, Windjacken für Kinder und Erwachsene, Tuchhosen, Zeughosen, Samthosen, Lederhosen, Sporthosen.

Große Auswahl, solide Stoffe, billigst gestellte Preise.

Paul Räuchle am Markt Calw

Ein Balsam für das Leder



ist Pilo in der schwarzen Dose. Genau wie der Mensch die notwendige Nahrung nicht entbehren kann, braucht auch das Leder zu seiner Erhaltung bestimmte Stoffe. Diese enthält PILO. Verwenden Sie deshalb nur P.I.L.O. und Sie werden von dem Erfolg der Behandlung überrascht sein. Für Lackschuhe gibt es nichts Besseres als Pilo weiß.

Sie können alle Ledersachen mit Pilo neu u. glänzend machen.

Schuhwaren

kaufen unsere auswärtigen Mitglieder am Jahrmarkt

am besten in ihrem eigenen Geschäft. Kein Mitglied veräume am Mittwoch unsern Schuhverkauf zu besuchen.

Spar- u. Consumverein

Geschenkartikel

für Konfirmation u. Ostern

sowie:

Glas-, Porzellan-, Aluminium- und Emailwaren

Wachstuche

in verschiedenen Breiten und Farben finden Sie in großer Auswahl bei mäßigen Preisen bei

Karl Stüber, Biergasse

Futtermehl
Weizenkleie
Gerstenmehl
Maismehl
Leinmehl
Melassefutter

empfiehlt

Otto Jung.

Albert Wochele, Calw

Lederstraße

Spezialgeschäft für

Schuhmacherbedarfs-Artikel

Erstklassige Sohl-, Vache- u. Oberleder Schäfte, Schuhmacherartikel, Werkzeuge, Lederwalzen, Beschlagstücke, Dreifüße, Anfertigung von Schäften nach Maß in jeder Ausführung. Prima Treibriemen für Gewerbe und Landwirtschaft.

Bestellen Sie das „Calwer Tagblatt“.

Pfannkuch & Co

Besonders preiswert:

Prima

Rauchfleisch

Pfd. 1.70

Silber-

Sauerkraut

Pfd. 10

Erbisen

gelbe, gespaltene

Pfd. 19

Pfannkuch & Co

Wir empfehlen

Regenschirme

in allen Preislagen

sowie

Handschuhe

in Glacé und Stoff

von 1.50 an

auch für Konfirmanden

Geschw. Deuschle

Lederstraße.



Rauchlöten
kaufen sie am besten bei

Gebr. Dongus, Deckenpfenn.

Reichert.

Turnschuhe mit Gummi- und Ledersohle
Turnhosen
Turnertrikots
Turnergürtel

Bittet bei Bedarf um Ihren Besuch!

Mahnung betr. Kirchensteuer.

Die Kirchensteuer pro 1924 ist in ihrem vollen Betrag zur Zahlung verfallen. Die kath. Steuerpflichtigen werden zur sofortigen Begleichung ihrer Schuldigkeit aufgefordert. Säumige Zahler haben Ankosten zu erwarten.

Girokonto Nr. 653 bei der Oberamts Sparkasse Calw.

Kath. Kirchenpflege.

Zigarren-Haus Eugen Wackenhuth

Calw, Lederstraße 113
empfiehlt

Zigarren
Zigaretten
Rauchtabake

der führenden erstklassigen Marken in allen Preislagen.

Verkauf auch an Wiederverkäufer.

Große Auswahl

in Knabenanzugstoffen, Herrenanzugstoffen, Konfirmandenanzugstoffen, Samtkord, Hosenzeug, Englischleder, Blusenzeug.

Paul Räuchle, a. Markt, Calw.

Wir machen die höfliche Mitteilung, daß wir für den Bezirk Calw im Hause des

Calwer Buchverhandlungshaus „Waldfrieden“ Calw

Inhaber: Carl Spombalg

eine Niederlage errichtet haben. Sie finden in derselben die in unserer Buchhandlung vorliegende Literatur aller Gebiete.

Buchhandlung der Evang. Gesellschaft
Stuttgart, Färberstr. 2.

Auf Vorstehendes bezugnehmend, empfehle ich für Konfirmations- und Diergeschenke eine reichhaltige

Jugendliteratur, ferner Gesangbücher, Bibeln, farbige Kunstgaben in Geschenkmappen, Briefpapiere in Kasjetten, neueste Bilderbücher, Spiele.

Calwer Buchverhandlungshaus „Waldfrieden“, Calw
Carl Spombalg, Hermannstr.